

Fraktion in Schwentinal

Pressemitteilung

Dennis Mihlan
JSS-Ausschuss
Swetlana Wiese
JSS-Ausschuss

Schwentinal, 5. November 2018

Grüne gegen Erhöhung der Elternbeiträge für die Nutzung von Kindertagesstätten

Mit Beschlussvorlage 157/2018 schlägt die Verwaltung vor, die Elternbeiträge für die Nutzung von Kindertagesstätten, je nach Betreuungsdauer, um 10,-€ bis 55,- anzuheben, um zumindest kalkulatorisch den gewünschten Kostendeckungsgrad von etwa 30% zu erreichen. Aus Sicht der Stadtverwaltung ist dieser Schritt richtig und nachvollziehbar.

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Stadtvertretung der Stadt Schwentinal lehnt die Erhöhung dennoch ab. Die Eltern in Schwentinal sind derzeit und erst recht nach der letzten Erhöhung für das KiTa-Jahr 2017 ff., welche im U3-Bereich mit bis zu 35% sehr hoch ausfiel, mit den Ausgaben für die Kinderbetreuung schon enorm belastet.

Insbesondere mit Blick auf die Neuregelung der KiTa-Finanzierung in Schleswig-Holstein ab dem 1. Januar 2020 gilt es, den Eltern keine weiteren Belastungen mehr zuzumuten, denn schon jetzt zahlen die Eltern in Schleswig-Holstein mit durchschnittlich 9% des verfügbaren Einkommens die höchsten Elternbeiträge bundesweit. Das neue Gesetz soll zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. Die Elternbeiträge sollen ab dem 1. August 2020 auf einen landeseinheitlichen Betrag für einen Ganztagsplatz für Einrichtungen und Tagespflege gedeckelt werden. Die Differenz wird über Haushaltsmittel des Landes ausgeglichen. Ebenso soll die Sozialstaffel landesweit vereinheitlicht werden, so dass im Land gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt und extreme Abweichungen der Elternbeiträge zwischen den Gemeinden sowie bestehende Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Durch die Systemumstellung wird zudem eine aufwandsfreie weitere Absenkung des Deckels, bis hin zur mittelfristig angestrebten Beitragsfreiheit, ermöglicht.

Die Landesregierung stellt von 2018 bis 2022 zusätzlich rund eine halbe Milliarde Euro, (481 Millionen Euro) bereit: 210 Millionen Euro für die Verbesserung der Qualität, 136 Millionen Euro für die Senkung der Elternbeiträge und 135 Millionen Euro für die Entlastung der Kommunen (zusätzlich zu den verpflichtenden Ausgleichszahlungen im Rahmen der Konnexität).

Schon jetzt wurden die Betriebskostenzuschüsse des Landes deutlich aufgestockt (von 2017 auf 2018) und unterliegen nun einer Dynamisierung, welche zum Beispiel auch Lohnkostensteigerungen beim KiTa-Personal berücksichtigt. Im Bereich der Krippen (U3-Betreuung) wurden diese fast verdoppelt, waren es bisher 50 Millionen Euro, so wurden in 2018 etwa 90 Millionen Euro gezahlt.

Fazit:

Durch die gesetzliche Neuregelung der KiTa-Finanzierung in Schleswig-Holstein ab dem 1. Januar 2020 wird es eine verlässliche und dynamisierte Finanzierung durch das Land geben. Die Kommunen werden durch die Deckelung der Elternbeiträge und den damit verbundenen, dynamisierten Ausgleich aus Landesmitteln dauerhaft entlastet. Wir schließen uns dem Apell der Landtagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN gerne und vollumfänglich an, die Elternbeiträge bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Neuregelung und der damit verbundenen Entlastung der Eltern und der Kommunen einzufrieren. Wir möchten hier einen ähnlichen Schritt wie bei den Straßenausbaubeiträgen gehen. Auch dort herrschte Konsens zwischen allen Mitgliedern der Stadtvertretung, dass bis zum Zeitpunkt der Klärung über die Gegenfinanzierung aus Landesmitteln, keine die Bürgerinnen und Bürger belastenden Maßnahmen durchgeführt werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Dennis Mihlan